

NACHRICHTEN

Ursache weiter unklar

MOSKAU: Die Ursache des Unglücks des russischen Atom-U-Boots «Kursk» bleibt auch drei Monate nach der Havarie im Dunkeln. Videoaufnahmen bestätigten nach russischen Regierungsangaben jedoch, dass die «Kursk» mit einem anderen U-Boot kollidierte. Nach einer Sitzung der Untersuchungskommission erklärte Vize-Regierungschef Ilja Klebanow in Moskau, es gebe zwar «ernsthafte Bestätigungen durch Video-Aufnahmen» für die vermutete Kollision mit einem ausländischen U-Boot. Die Mitglieder des Gremiums seien jedoch zu keiner einheitlichen Meinung gekommen.

Aufmarsch der alten Garde

Strassburg: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat sich gestern in Strassburg mit einer Klage des früheren DDR-Staatsrats- und Parteichefs Egon Krenz (Bild) befasst. Es geht um die Todesschüsse



an der Mauer. Krenz wendet sich mit der Klage gegen seine Verurteilung zu sechseinhalb Jahren Haft wegen Totschlags an DDR-Flüchtlingen. Der 63-jährige Krenz wirft der Bundesrepublik vor, mit dem Urteil gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstossen zu haben. Neben Krenz nahmen auch der frühere DDR-Verteidigungsminister Heinz Kessler und dessen ehemaliger Stellvertreter Fritz Strelitz am Prozessauftakt teil. Der Gerichtshof prüft Beschwerden der drei früheren DDR-Politiker sowie eines ehemaligen DDR-Grenzsoldaten gegen ihre Verurteilung wegen Totschlags.

14 Todesurteile in China

PEKING: Im grössten Korruptionsskandal in der Geschichte der Volksrepublik China sind 14 Angeklagte zum Tode verurteilt worden. Zwölf weitere müssen lebenslang hinter Gitter. Es war die erste Prozesswelle in dem Skandal um den jahrelangen Schmuggel von Autos, Computern, Öl, Zigaretten und andere Waren im Wert von 12 Milliarden Franken über die südchinesische Hafenstadt Xiamen. In der ersten Gruppe von Spitzenfunktionären und führenden Angehörigen von Stadtregierung, Behörden, Zoll, Polizei, Militär, Banken und Aussenhandelsunternehmen der Provinz Fujian wurden 84 Angeklagte in fünf Städten vor Gericht gestellt. Chefmittler He Yong sagte, der Schmuggelskandal «dreht sich um enorme Summen Geld, ist extrem kompliziert und hat schwersten Schaden angerichtet».

Unruhen fordern weitere Opfer

Barak will Tod israelischer Palästinenser untersuchen lassen – Überfall auf israelischen Grenzposten

JERUSALEM: Der israelische Ministerpräsident Ehud Barak will den Tod von 13 israelischen Arabern im vergangenen Monat durch ein staatliches Gremium untersuchen lassen. Bei Unruhen in den palästinensischen Autonomiegebieten wurden gestern erneut fünf Menschen getötet.

Er werde eine juristische Untersuchungskommission damit beauftragen, die Umstände des Todes der Palästinenser zu untersuchen, die im Oktober bei Zusammenstößen mit der Polizei getötet wurden, sagte Barak am Mittwoch. Er kam damit einer Forderung der in Israel lebenden Palästinenser entgegen. Beobachter sahen darin eine Konzession an arabische Knesset-Abgeordnete, deren Stimmen Barak für die Unterstützung seiner Minderheitsregierung braucht.

Bei Unruhen in den palästinensischen Autonomiegebieten wurden fünf Menschen getötet. Ein Palästinenser eröffnete an einem israelisch kontrollierten Grenzübergang zwischen dem Gazastreifen und Ägypten das Feuer auf ein israelisches Fahr-



Junge, palästinensische «Steinwerfer» rennen, um sich in Sicherheit zu bringen. Die neusten Unruhen forderten erneut fünf Tote, zu ihnen zählen drei Jugendliche Palästinenser. (Bild: Keystone)

zeug. Eine Grenzbeamtin wurde tödlich getroffen, ihr Begleiter leicht verletzt. Israelische Soldaten erschossen im Gazastreifen zwei Palästinenser,

darunter einen 16-jährigen Jungen. In der Nacht erlagen zwei palästinensische Jugendliche ihren Verletzungen, die sie während der Unruhen erlitten

hatten. Im Oktober waren tausende israelischer Araber auf die Strasse gegangen, um gegen das gewaltsame Vorgehen der israelischen Armee gegen

ihre Landsleute im Westjordanland und dem Gazastreifen zu protestieren. Ein jüdischer Israeli kam ums Leben. Politische Führer der israelischen Araber machten die Polizei für die Eskalation der Gewalt verantwortlich und forderten die Absetzung des Polizeichefs von Nordisrael, Alik Ron.

Sprecher der israelischen Araber begrüßten die Entscheidung Baraks. Dies sei es, was sie von Beginn an gefordert hätten, sagte der Abgeordnete Ahmed Tibi. Zuerst hatte Barak nur einen Untersuchungsausschuss bilden lassen. Mit diesem wollten die Araber nicht zusammenarbeiten, weil er über keinerlei Befugnisse verfügte. Dagegen hat die jetzige Kommission das Recht, Zeugen zur Aussage zu zwingen und Bussgelder zu verhängen.

Barak erklärte nach dem Angriff an dem Grenzübergang, dieser zeige, dass der palästinensische Präsident Jassir Arafat möglicherweise die Gewalt in der Region gar nicht eindämmen wolle. Die palästinensische Autonomiebehörde erklärte, sie versuche die Jugendlichen zu überzeugen, sich aus den Konfrontationen mit israelischen Soldaten herauszuhalten.

Sieben EU-Kandidaten bald beitragsreif

Türkei erfüllt Kriterien für Beitrittsverhandlungen noch nicht

BRÜSSEL: Unter den zwölf EU-Beitrittskandidaten hat sich eine Vorreitergruppe von sieben Staaten herausgebildet. In ihren am Mittwoch veröffentlichten Fortschrittsberichten zur EU-Erweiterung beschleunigte die EU-Kommission dass Malta, Zypern, Estland, Ungarn und Polen sowie mit leichten Abstrichen Tschechien und Slowenien «in naher Zukunft» wirtschaftlich fit für den Beitritt seien.

«Mittelfristig» würden auch Litauen, Lettland und die Slowakei wirtschaftlich wettbewerbsfähig und damit beitragsreif. Bulgarien und Rumänien hingegen erfüllen keines der wirtschaftlichen Kriterien, ebenso wenig wie die Türkei, mit der die EU noch keine Beitrittsverhandlungen aufgenommen hat. Auf Beitrittsdaten legte sich die EU-Kommission nach wie vor nicht fest, doch wird ein Ende

der Verhandlungen mit den Fortgeschrittensten im Laufe des Jahres 2002 anvisiert. Bis dahin zeichnet eine sogenannte Wegskizze vor, welche Fragen bis wann geklärt werden sollten. Die schwierigsten Kapitel wie die Direktbeihilfen für die Landwirtschaft oder die Regionalhilfen bleiben dabei bis zum Schluss offen.

«Die Analyse ist insgesamt positiv», sagte EU-Kommissionspräsident Romano Prodi bei der Vorstellung der Berichte im Europaparlament. EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen zeigte sich zufrieden mit der politischen Fortschritten in den Kandidatenländern, die alle stabile Demokratien geworden seien. Versäumnisse konstatierte er beim Ausbau des Rechtswesens. Im einzelnen nannte er die Korruption in einer Reihe von Beitrittsländern einen «Anlass zur Sorge». Als weitere Kritikpunkte führte



Günter Verheugen und EU-Kommissionspräsident Romano Prodi an der gestrigen Tagung in Brüssel. (Bild: Keystone)

er Frauen- und Kinderhandel sowie die Lage von Minderheiten an. Rumänien kritisierte er, weil sich die Lebensbedingungen von 100.000 Waisen noch immer nicht verbessert hätten. Die Türkei erfüllt die Kriterien

für die Aufnahme von Verhandlungen laut Kommission noch nicht. Von ihr werden unter anderem die Abschaffung der Todesstrafe und die Anpassung der Rolle des Militärs verlangt.

NPD-Verbotsantrag

«Gute Erfolgsaussichten» für das Parteiverbot

BERLIN: Die Bundesregierung will noch vor Ende des Jahres ein Verbot der rechtsextremistischen NPD beim Bundesverfassungsgericht beantragen. Einen entsprechenden Beschluss fasste das Kabinett am Mittwoch in Berlin.

Bundesinnenminister Otto Schily räumte dem Antrag «gute Erfolgsaussichten» ein. Das Verfahren könnte innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden, sagte der SPD-Politiker nach der Kabinettsitzung. Das «aggressiv-kämpferische Verhalten» der NPD und ihre «Wesensverwandtschaft» zu Adolf Hitlers NSDAP rechtfertigen ein Verbot. Die NPD sei «eine Partei, die Gewalt generiert», sagte Schily.



Der NPD-Verbotsantrag soll noch dieses Jahr beantragt werden.

Am kommenden Freitag will auch der Bundesrat über einen NPD-Verbotsantrag abstimmen. Eine Mehrheit dafür gilt als

schwer, fünf Länder wollen sich allerdings der Stimme enthalten. Ob sich auch der Bundestag als drittes Verfassungsorgan für einen eigenen Antrag entscheiden wird, ist dagegen weiter offen. SPD, Grüne und PDS sind weiter dafür, die FDP dagegen. Die Union strebt einen Kompromiss an, nach dem der Bundestag den Regierungsantrag lediglich unterstützt. Eine Entscheidung fällt voraussichtlich erst im Dezember. Nach Angaben Schilys will die Bundesregierung bereits in wenigen Tagen einen Prozessbevollmächtigten bestimmen, der aus dem 560-seitigen Beweismaterial des Verfassungsschutzes gegen die NPD eine Antragschrift erstellen soll.

Haider droht mit Rückzug

WIEN: Der ehemalige Chef der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Jörg Haider, hat mit dem Rückzug seiner Partei aus der Regierungskoalition und Neuwahlen gedroht. «Wenn das so weitergeht und die Regierung auch weiterhin nicht arbeiten kann, halte ich Neuwahlen für das einzig Richtige und Mögliche», sagte Haider. Grund für die Drohung ist der Skandal um den Missbrauch geheimer Polizeidaten, in dessen Mittelpunkt Haider und mehrere FPÖ-Funktionäre stehen. Haider war Innenminister. Ernst Strasser vor, sein Ministerium nicht im Griff zu haben.

Mehr als 50 Verletzte bei Wahl

KAIRO: Überschattet von Auseinandersetzungen mit 50 Verletzten haben die Ägypter in der dritten Runde der Parlamentswahlen über 160 Abgeordnetensitze abgestimmt. Ein Mann wurde getötet, als sich Anhänger der regierenden Nationaldemokratischen Partei Kämpfe mit unabhängigen Kandidaten lieferten.

REKLAME

Swissca

Repräsentant: Hypo Investment Bank AG, Landstr. 104, 9490 Vaduz, Tel. +423/265 58 58

Tageskurse per 08.11.2000

Fondsname/Währung	Inventarwert (netto)
Swissca Volca CHF	327.45
Swissca Portfolio Fund Income CHF	116.38
Swissca Portfolio Fund Yield CHF	145.16
Swissca Portfolio Fund Balanced CHF	177.94
Swissca Portfolio Fund Growth CHF	226.75
Swissca Portfolio Fund Equity CHF	307.24
Swissca Portfolio Fund Yield (Euro) EUR	100.65
Swissca Portfolio Fund Mixed (Euro) EUR	110.50
Swissca Portfolio Fund Growth (Euro) EUR	101.66
Swissca MM Fund AUD	1380.11
Swissca MM Fund USD	1549.29
Swissca MM Fund GBP	1841.15
Swissca MM Fund EUR	1672.69
Swissca MM Fund CHF	1346.18
Swissca MM Fund CAD	1478.46
Swissca MM Fund JPY	107916.00
Swissca Bond Invest CHF	1029.50
Swissca Bond Invest USD	1026.48
Swissca Bond Invest EUR	1226.47
Swissca Bond Invest GBP	1268.39
Swissca Bond Invest AUD	1173.10
Swissca Bond Invest CAD	1153.01
Swissca Bond Invest JPY	114311.00
Swissca Bond Sfr. CHF	94.30
Swissca Bond International CHF	103.65
Swissca Bond Invest International CHF	108.51
Swissca Bond Invest Medium Term CHF	97.27
Swissca Bond Invest Medium Term USD	104.58
Swissca Bond Invest Medium Term EUR	98.81
Swissca Asia CHF	118.30
Swissca Europe CHF	303.55
Swissca North America USD	256.10
Swissca Austria EUR	75.45
Swissca Emerging Markets Fund CHF	115.69
Swissca France EUR	51.40
Swissca Germany EUR	191.15
Swissca Great Britain GBP	244.00
Swissca Italy EUR	148.45
Swissca Japan CHF	123.95
Swissca Netherlands EUR	77.20
Swissca Small and Mid Caps CHF	302.80
Swissca Switzerland CHF	331.25
Swissca Tiger CHF	82.00
Swissca Lux Fund Sector Communication EUR	408.29
Swissca Lux Fund Sector Energy EUR	596.04
Swissca Lux Fund Sector Finance EUR	623.89
Swissca Lux Fund Sector Health EUR	669.86
Swissca Lux Fund Sector Leisure EUR	555.05
Swissca Lux Fund Sector Technology EUR	515.23
Swissca Gold CHF	398.00
Swissca Green Invest CHF	156.15
Swissca Icca CHF	301.00
Swissca Lux Fund Floor Switzerland CHF	946.17